

Auf dem Weg zur Gleichstellung

Rund 400 Beauftragte aus ganz Deutschland reisen am Wochenende zur Bundeskonferenz nach Karlsruhe

Von unserem Redaktionsmitglied
Jule Müller

Karlsruhe. „Bei der Gleichstellung sind wir bei weitem noch nicht am Ziel“, sagt Annette Niesyto. Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Karlsruhe ist in ihrer Funktion als eine der Bundesförderinnen in diesem Jahr Gastgeberin der 25. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Von Sonntag bis Dienstag kommen dabei rund 400 Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland in der Messe Karlsruhe zusammen.

Gemeinsam werden die Gleichstellungsbeauftragten darüber beraten, wie die Stärkung der Frauen weiter vorangebracht werden kann, so Niesyto. Der Titel „Verfassungsauftrag Gleichstellung“ kommt dabei nicht von ungefähr. In Artikel 3 Absatz 2 im Grundgesetz steht, dass der Staat auf die Beseitigung bestehender Nachteile zwischen Mann und Frau hinweist. „Auch knapp 70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes mit seinem Gleichberechtigungsgebot braucht es noch aktive Gleichstellungsarbeit auf allen Ebenen“, findet Niesyto. In manchen Bereichen sei die Entwicklung sogar rückläufig. So habe etwa der Karlsruher Gemeinderat aktuell einen Frauenanteil von knapp unter 30 Prozent, es waren aber schon über 40 Prozent. Eine Erhöhung des relativ geringen Frauenanteils, wie er auch im Landtag zu finden ist, sei beispielsweise durch eine Änderung des Wahlrechts erreichbar, so Niesyto.

Besonders wichtig bei der Konferenz sei aber die Arbeit zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Darunter falle etwa die Umsetzung der Istanbuler



Annette Niesyto



STRASSENBAHN MIT VERFASSUNGSAUFTAG: Seit 1. Juli wirbt eine Karlsruher Straßenbahn für die Konferenz und die Umsetzung von Artikel 3.2 des Grundgesetzes, der sich um die Gleichstellung von Mann und Frau dreht.

Fotos: Bertling/FMK/pr

Konvention. Über dieses Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sprechen die Gleichstellungsbeauftragten am Montagnachmittag. „Dazu gehört auch die Sicherung der Finanzierung von Frauenhäusern“, teilt Niesyto gegenüber dieser Zeitung mit.

Die Aufwertung der Sorgearbeit, etwa die Pflege Angehöriger, ist ebenfalls ein Thema, das den Teilnehmerinnen am Herzen liegt. „Der größte Teil der unbezahlten Sorgearbeit im privaten Bereich wird von Frauen übernommen“, sagt Anke Spiess, Pressereferentin der Konferenz. Dadurch fallen die Frauen im

Beruf aus und erhalten später nur eine geringe Rente, so Spiess.

Und die bezahlte Sorgearbeit, die vor allem von Frauen in Form von Krankenschwestern und Erzieherinnen erledigt wird, sei schlecht bezahlt. Aus diesem Grund spricht der Bundesvorsitzende von Verdi, Frank Bsirske, am Dienstag-

mittag in der Messe Karlsruhe zum Thema „Sorgearbeit aufwerten“.

Während sich bei diesen Punkten die meisten Konferenzteilnehmerinnen einig sein dürften, gibt es Niesyto zufolge durchaus Themen, bei denen kontrovers diskutiert wird. Etwa bei der Kopftuchfrage seien selbst die Gleichstellungsbeauftragten nicht immer gleicher Meinung. In ihrem grundlegenden Bestreben sind sie sich laut Niesyto aber alle einig. Die Gleichstellungsbeauftragten wollen Frauen und Mädchen stärken.

Damit sie dieses Ziel erreichen, stimmen die Frauen auf der Konferenz ihre Positionen ab und veröffentlichen am Ende die „Karlsruher Erklärung“. Eine solche Erklärung wird bei jeder Bundes-

Familienministerin Giffey spricht auf der Konferenz

konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, die alle 18 Monate stattfindet, verabschiedet. „In diesem Jahr wird auch das umstrittene Werbeverbot für Abtreibungen eine Rolle darin spielen“, sagt Spiess und ergänzt damit die große Bandbreite an Themen, die die Konferenzteilnehmerinnen beschäftigt. Spiess freut sich besonders über Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD), die in diesem Jahr bei der Eröffnung der Konferenz sprechen wird. „Das ist nicht selbstverständlich, zeigt aber, wie wichtig ihr das Thema ist“, sagt Spiess.

Nach den verschiedenen Diskussionsforen am Montag planen die Gleichstellungsbeauftragten, gegen 16.30 Uhr mit Transparenten vom Karlsruher Marktplatz über den Platz der Grundrechte zum Bundesverfassungsgericht zu laufen, um ihre Positionen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Dafür bringt sie eine Straßenbahn, die seit dem 1. Juli mit dem großen Aufdruck „Verfassungsauftrag Gleichstellung“ durch die Fächerstadt fährt.